

*So wollen  
wir leben!*

Ideen und Handlungs-  
empfehlungen aus  
dem Fortschrittsforum



## Impressum

ISBN 978-3-86498-500-3  
Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung  
Copyright 2013 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Lektorat: Sönke Hallmann  
Layout: Werbestudio Zum Weissen Roessl  
Fotos: Mark Bollhorst, Meiko Herrmann,  
photocase.de, fotolia.com

Druck: Media-Print, Informationstechnologie,  
Paderborn  
2. Auflage  
Printed in Germany 2013

*So wollen  
wir leben!*

**Ideen und Handlungs-  
empfehlungen aus  
dem Fortschrittsforum**

**Redaktion**

Jutta Allmendinger

René Bormann

Ruth Brandherm

Michael Dauderstädt

Christian Ebner

Philipp Fink

Angelika Gifford

Mirco Kaesberg

Jens Schadendorf

Severin Schmidt

Oliver Schmolke

Dominic Schwickert

Ernst Ulrich von Weizsäcker

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b>		7
<b>Neuer Fortschritt</b>		8
<b>1. Drei Handlungsfelder</b>	<b>1.1 Handlungsfeld „Bildung und Arbeit“</b>	11
	<b>1.2 Handlungsfeld „Finanzsystem“</b>	13
	<b>1.3 Handlungsfeld „Ökologie“</b>	14
<hr/>		
<b>2. Neuer Fortschritt I:</b>	<b>2.1 Potenziale für ein gutes und gelingendes Leben</b>	17
Die Lern- und Arbeitsgesellschaft	<b>2.2 Bildung</b>	18
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Mehr Geld für die frühkindliche Bildung bereitstellen</li><li>• Rechte und Chancen Jugendlicher auf Berufsausbildung garantieren</li><li>• Zugang und Qualität des Studiums verbessern</li><li>• Kulturelles Lernen, politische und ökonomische Bildung fördern</li><li>• Lebenslanges Lernen unterstützen</li><li>• Mehr Bildungsangebote im Lebensverlauf eröffnen</li><li>• Neue Bildungswege in einer alternden Gesellschaft ermöglichen</li></ul>	
	<b>2.3 Nachhaltige Arbeitskultur</b>	22
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Durch bessere Regulierung gute Arbeit gewährleisten</li><li>• Arbeitssouveränität und Partizipationskultur stärken</li><li>• Arbeitsversicherung entwickeln</li></ul>	
	<b>2.4 Gendergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt</b>	23
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen</li><li>• Pflegearbeit besser stellen</li><li>• Care-Ökonomie stärken</li></ul>	
<hr/>		
<b>3. Neuer Fortschritt II:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Finanztransaktionssteuer ausweiten</li><li>• Fairen Stabilitätsmechanismus schaffen</li><li>• Nachhaltige Finanzmarktordnung ermöglichen</li><li>• Investitionen in ökologische und soziale Nachhaltigkeit fördern</li></ul>	26
Rückführung des Finanzsystems auf seine eigentliche Aufgabe		
<hr/>		
<b>4. Neuer Fortschritt III:</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Energie- und Rohstoffeffizienz erhöhen</li><li>• Ressourcenverbrauch verteuern</li><li>• Lasten sozial gerecht verteilen</li><li>• Energieintensive Betriebe berücksichtigen</li></ul>	28
Ökologisch nachhaltige Wohlfahrt		
<hr/>		
<b>Neuen Fortschritt gestalten:</b>		33
Unsere Handlungsempfehlungen auf einen Blick		
<b>Danksagung</b>		34
<b>Literaturverzeichnis</b>		35

Wie wollen wir leben?



## Vorbemerkung

Wie könnte ein Wirtschafts- und Wachstumsmodell aussehen, das sich wirkungsvoller an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und zugleich ökologisch nachhaltig ist? Wie müssen gesellschaftliche Verhältnisse und öffentliche Institutionen verändert werden, damit Frauen und Männer ihre Arbeit und ihr privates Leben besser miteinander in Einklang bringen können? Wie kann in Zukunft gute Bildung ein selbstbestimmtes Leben und echte Chancengleichheit ermöglichen? Um Antworten auf diese Zukunftsfragen unserer Gesellschaft zu erhalten, bedarf es des Dialogs zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Unternehmen. Aus diesem Grund hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Otto Brenner Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung sowie dem Progressiven Zentrum im Oktober 2011 das Fortschrittsforum ins Leben gerufen. In den drei Arbeitsgruppen „Wirtschaft & Wachstum“, „Arbeiten & Leben“ und „Bildung & Modernisierung“ strebten wir an, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie unsere Gesellschaft ökonomisch tragfähiger, ökologisch nachhaltiger und sozial gerechter gestaltet werden kann. Damit sollten Antworten auf die entscheidende Zukunftsfrage „Wie wollen wir leben?“ gefunden werden.

In gewisser Weise war und ist das Fortschrittsforum für uns Initiatoren ein Experiment: Rund 100 kluge Köpfe aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und mit unterschiedlicher intellektueller Herkunft identifizierten in einem monatelangen Großgruppenprozess die drängendsten Herausforderungen und entwickelten konkrete Lösungsansätze. Von Anfang an war klar, dass dabei nicht nur viel diskutiert, sondern bisweilen auch leidenschaftlich gestritten wird. Und so war es auch – zum Glück! Denn ohne Kontroversen und demokratischen Streit darüber, auf welche Veränderungen es ankommt, kann es keinen nachhaltigen Fortschritt geben.

Anderthalb Jahre nach Gründung des Fortschrittsforums können wir sagen: Das experimentelle Großgruppenprojekt ist gelungen! So hat sich das Forum als eine wichtige Debatte- und Meinungsplattform für die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft etabliert. Mit seiner Arbeit ist es Impulsgeber für Politik und öffentliche Diskussion geworden. Konkret hat das Fortschrittsforum nicht nur die Expertendebatten in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohl-

stand, Lebensqualität“ um wichtige Perspektiven erweitert, sondern auch in zahlreichen kleinen Workshops und großen Konferenzen sowie besonders mit der erfolgreichen Online-Debattenplattform Fortschrittsforum.de wichtige Anregungen und Empfehlungen für die Erneuerung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geliefert.

Wir möchten an dieser Stelle allen Expertinnen und Experten ganz herzlich für die lebendige Diskussion und die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit danken. Ein ganz besonderer Dank gilt unseren drei Sprechern Prof. Jutta Allmendinger, Phd, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, und Angelika Gifford, Leiterin des Bereiches Public Sector von Microsoft Services Europe, sowie Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Leiter des International Resource Panel des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Alle drei haben als Sprecherinnen und Sprecher den Prozess in herausragender Weise moderiert, koordiniert und fachlich begleitet.

Wir freuen uns, Ihnen ausgewählte Positionen, Ideen und Handlungsempfehlungen aus dem Prozess der vergangenen 18 Monate präsentieren zu können. Uns ist klar, dass auch ein ambitioniertes Dialogverfahren wie das Fortschrittsforum stets nur vorläufige Antworten auf die großen Zukunftsfragen liefern kann. Das richtige Verhältnis von Individualität, Innovation und Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit muss immer wieder neu vermessen werden. Die Debatte um die richtige Steuerung des Fortschritts in unserer Zeit müssen wir unbedingt weiterführen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre!

### **Dr. Roland Schmidt**

Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung

### **Dr. h. c. Nikolaus Simon**

Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung

### **Jupp Legrand**

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

### **Dr. Tobias Dürr**

Vorsitzender des Progressiven Zentrums



*So wollen  
wir leben!*

## Neuer Fortschritt

**Festgemacht an Zahlen, Daten und Fakten steht Deutschland im internationalen Vergleich nicht so schlecht dar, wie es manche hierzulande empfinden. Und doch: Die Empfindung, dass wir eine grundlegende Krise erleben, könnte ein richtiger Kompass sein, denn wir stehen vor großen nationalen und globalen Herausforderungen. Wir müssen sie in den Blick nehmen und die Gestaltungsaufgabe annehmen, wenn wir eine lebenswerte Zukunft gewinnen wollen.**

Wo also stehen wir? Tief greifende Reformen der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes, gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen, eine neue globale Sicherheitslage, die Krise der Finanzmärkte und des Euro, Fukushima und die Energiewende sowie der Aufstieg der neuen Kommunikationsmedien haben das vergangene Jahrzehnt geprägt. Manche dieser Veränderungen – wie die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen – sind ein großer Fortschritt. Starre Rollenbilder wurden aufgebrochen und eine Vielfalt an Lebensformen wurde ermöglicht. Zugleich stellen uns zahlreiche Herausforderungen auf die Probe. Wir beginnen zu verstehen, dass wir grundlegende Erfahrungen und Gewissheiten, auf denen wir unser Leben aufbauen, neu bewerten müssen. Lebenswege sind immer weniger planbar, und soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge werden als immer unüberschaubarer empfunden. Die Folge ist bei vielen Menschen ein

Gefühl von Ohnmacht und Überdruß an demokratischen Prozessen und Institutionen – Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens.

Wohin also wollen wir als moderne Gesellschaft gehen? Der Begriff des Fortschritts – eigentlich Kennzeichen einer modernen Gesellschaft – ist gegenwärtig eher mit Ängsten und Unsicherheit statt mit Hoffnung und Neugier verbunden. Das muss nicht so sein, und es darf auch nicht so bleiben. Gewiss, zur aus heutiger Sicht „naiven“ Fortschrittsgläubigkeit, die bis in die 1970er Jahre unser Denken und Handeln beherrschte und die auch die Klimakrise mitverursachte, darf es keine Rückkehr geben. Aber wenn wir mutig darüber nachdenken wollen, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, dann müssen wir auch neu über Fortschritt nachdenken und uns darüber verständigen, welchen Fortschritt wir wollen und damit wie wir leben wollen.

Mit unseren Vorschlägen und Empfehlungen beschreiben wir die Konturen eines – wie wir es nennen – neuen dynamisch-humanen Fortschrittsdenkens und -handelns, ein Fortschritt, der die Menschen, ihr persönliches, soziales und ökonomisches Streben und ihre konkreten Lebenssituationen wieder stärker in den Vordergrund rückt. Bei einem so verstandenen Fortschritt müssen Politik und Wirtschaft wieder mehr dem Wohlergehen aller dienen. Sie müssen besser als bislang die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben erhalten und schaffen. Unabhängig von sozialer Herkunft und Lage müssen wir jeder und jedem Einzelnen eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe und die Chance auf Selbstverwirklichung ermöglichen. Dieses Recht auf ein gutes und gelingendes Leben verbindet alle Menschen

weltweit. Mithin kann unter den heutigen Verhältnissen der vernetzten Kommunikation, größerer Mobilität und Transparenz Gerechtigkeit auch nicht mehr an nationalen Grenzen enden. Unser Fortschritt hängt in besonderem Maße von der Verwirklichung globaler Gerechtigkeit ab.

Unsere Diskussionen im Fortschrittsforum, die Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen, haben eine Reihe von Handlungsfeldern identifiziert, die grundsätzliche Interventionen notwendig machen, zugleich aber auch Potenziale und Chancen für die Gestaltung eines zukünftig guten und gelingenden Lebens bereithalten. Wir haben uns dabei insbesondere auf die Handlungsfelder „Bildung und Arbeit“, „Finanzsystem“ und „Ökologie“ konzentriert. Mit unseren Ideen und Handlungsempfehlungen wollen wir auf die von uns identifizierten Herausforderungen konkrete Antworten geben. Dazu gehören Reformen für eine Bildung, die keinen zurücklässt, in diesem Sinne inklusiv ist, und die sich auf alle Lebensphasen bezieht. Dazu gehört das Ziel einer sozial gerechten Verteilung von Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen und zwischen Menschen mit herkunftsbedingt unterschiedlichen Startchancen. Dabei gilt, dass eine sozial gerechte Erwerbsarbeit auch dem Leistungsgedanken folgt, denn Engagement und Kreativität sollen wieder größere Anerkennung erfahren. Dazu gehören ebenso Reformen, die das Finanzsystem auf dessen eigentliche Aufgaben zurückführen, der realwirtschaftlichen Wertschöpfung und deren Bedarf an langfristigen Investitionen zu dienen. Und dazu gehören nicht zuletzt mutige und weitsichtige Reformen für ein Wohlfahrtsmodell, das ökonomisch funktioniert und zugleich ökologisch nachhaltig ist.



# 1. Drei Handlungsfelder

## 1.1 Handlungsfeld „Bildung und Arbeit“

**Das deutsche Bildungssystem ist reformbedürftig – und leidet doch unter immer neuen Reformen und Gegenreformen und wieder Gegenreformen. Das gilt insbesondere für die Schule, aber nicht nur für sie. Andererseits gibt es auch Bildungsmodelle, die unbestritten und maßgeblich zu deutscher Wettbewerbsfähigkeit und selbstbestimmten Lebensformen beitragen. Das deutsche duale Ausbildungssystem ist hierfür ein Beispiel.**

Insgesamt aber gilt, dass das Bildungssystem in Deutschland vor allem auf Differenzierung und Selektion und zu wenig auf Durchlässigkeit, Anschlussfähigkeit und die individuelle Förderung und Befähigung der Menschen setzt. Statt soziale Ungleichheiten abzubauen, werden sie tatsächlich durch unser System noch befördert. Das ist nicht nur bildungspolitisch falsch, sondern hat auch fatale sozial- und gesellschaftspolitische Folgen. Gerade bei den Zugängen zu bestimmten Bildungswegen, aber auch den Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen wird deutlich, dass unser Bildungssystem nicht alle Menschen mitnimmt. Untersuchungen zeigen: Je niedriger das Einkommen und der Bildungsabschluss der Eltern, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ihr Kind in eine Kita geht (BMBF 2010). Auch Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener eine Kita als ihre Altersgenossen. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Übergang in die Schule. Auch hier sind Kinder aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund deutlich benachteiligt. Den Umgang mit Vielfalt

nicht erlernen zu können und das Recht auf inklusive Bildung zu verweigern, sind zentrale Probleme unseres Schulsystems.

Falsche Weichenstellungen haben Auswirkungen: Sie sind nicht nur für den Einzelnen, sondern für die gesamte Gesellschaft zu spüren. Verpasste Bildungschancen sind schwer aufzuholen und beeinflussen den Lebensweg dauerhaft. So finden gut 75 Prozent der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. Förder- und Sonderschüler sowie 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss keinen Ausbildungsplatz. Auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erhalten seltener eine Ausbildung (BiBB 2009). Das gilt sogar bei gleicher Qualifizierung, was Diskriminierung nahelegt. Bildung aber ist der Schlüssel für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für gesellschaftliche Teilhabe. Um die Menschen künftig zu befähigen, ihre Potenziale auch nutzen zu können, muss unsere Bildungspolitik künftig sozial-, milieu-, generationen-, geschlechter- und akteursübergreifend ausgerichtet sein und sich auf alle Lebensphasen beziehen.

Doch nicht nur am Anfang des Bildungsweges bleiben die Möglichkeiten vieler Menschen ungenutzt. Auch im Laufe des Arbeitslebens und in den letzten Berufsjahren wird ihnen nicht genug Bedeutung beigemessen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dies eine bedenkliche Entwicklung: Schon jetzt hat die Wirtschaft in verschiedenen Berufsgruppen Schwierigkeiten, den aktuellen Personalbedarf zu befriedigen – und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird in den

kommenden Jahrzehnten weiter sinken. Gleichzeitig nutzen wir vorhandene Beschäftigungsressourcen nicht und „investieren“ nur unzureichend in Menschen, die arbeiten wollen und arbeiten könnten (Frauen in Teilzeit, Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung; Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder unzureichenden Qualifikationen). Nachholbedarf gibt es ebenfalls bei der Aus- und Weiterbildung älterer Mitarbeiter. Die Bundesagentur für Arbeit (2011) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seltener an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen, auch weil ihnen weniger Angebote gemacht werden. Gerade kontinuierliche Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens nimmt jedoch an Bedeutung zu. Auch Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen haben keinen Zugang zu solchen Maßnahmen (BMBF 2010). Oft werden Weiterbildungen erst dann in Anspruch genommen, wenn Arbeitslosigkeit oder eine Einschränkung der Erwerbsfähigkeit schon eingetreten ist. Zudem ist die private Weiterbildung für Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (und Einkommen) nur schwer zu finanzieren. Um Beschäftigungsfähigkeit zu sichern, müssen künftig Weiterbildung und lebenslanges Lernen entschiedener vorangetrieben werden.

Nicht nur unser Bildungssystem, auch unser Arbeitsmarkt ermöglicht es gegenwärtig keineswegs allen Menschen gleichermaßen, sich mit ihren Leistungen einzubringen und ihre Beschäftigungspotenziale zu nutzen. Wir erleben in der Arbeitswelt eine Entwicklung voller Ambivalenzen, die nicht einfach nur Schwarz oder Weiß zu beurteilen ist. Im Zuge des seit den 1970er Jahren anhaltenden Umbruchs von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft und unter den Vorzeichen eines verschärften internationalen Wettbewerbs ist es nicht nur zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit, sondern auch zu einer steten Zunahme flexibler und wenig gesicherter Arbeitsverhältnisse gekommen. Zwar hat die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik zu mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsmarktflexibilität geführt. Gleichwohl sind ihre sozialen Folgen unbedingt zu diskutieren und anzupassen. Während weniger Menschen auf unbefristeten und

sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen beschäftigt sind, ist zu beobachten, dass vor allem Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge, befristete Beschäftigung und (unfreiwillige) Teilzeitbeschäftigung deutlich zugenommen haben (Schmeißer et al. 2012). Insgesamt erodiert das Normalarbeitsverhältnis, so wie wir es kennen, Lebensläufe und Berufskarrieren verlieren an Kontinuität und Stabilität. Dabei haben die individuelle und gruppenbezogene Freiheit und Autonomie in der Arbeitswelt insbesondere für qualifizierte Beschäftigte erkennbar an Bedeutung gewonnen – eine Entwicklung, die positiv zu bewerten ist. Schließlich suchen die Beschäftigten in der Erwerbsarbeit Möglichkeiten einer sinnvollen und befriedigenden Tätigkeit. Unternehmen grenzen heute diese Suchbewegungen nicht mehr aus, sondern begreifen diese neuen Möglichkeitsräume auch als unternehmerische Ressourcen und nutzen sie in vielfältiger Weise zur Produktivitätssteigerung. Weil dabei aber oftmals neue Verfügungsformen über die Arbeitenden entstehen, hat die zeitliche, räumliche und inhaltliche Entgrenzung und Verdichtung von Arbeit zugenommen. Als Folge erodieren die Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Familie zusehends.

Für viele Menschen gehen die Veränderungen im Erwerbssystem mit signifikant höheren Risiken einher (bspw. Arbeitsplatzverlust, Niedriglohn, geringere Aufstiegschancen, Altersarmut). Tatsächlich sind neben den uns bekannten Risikogruppen – wie chronisch Kranke, Geringverdienende oder Arbeitslose und Menschen ohne Bildungsabschlüsse – neue Benachteiligungen entstanden (vgl. etwa Bonoli 2005). Immer häufiger sind bei Beschäftigten, die Einschränkungen im Hinblick auf ihre Qualifikation, ihr Alter oder ihre zeitliche Verfügbarkeit aufweisen oder die in strukturschwachen Regionen leben, wiederkehrende Risikolagen sowie ein paralleles Nebeneinander unterschiedlicher Phasen und Übergänge zu beobachten. Wechsel zwischen selbstständigen und abhängigen Beschäftigungen sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit nehmen bei diesen Beschäftigten zu. Die sozialen Risiken wirken dabei umso schwerer, je früher sie in der Erwerbsbiografie auftreten. Diese Entwicklung wird

durch Veränderungen in sozialen Sicherungssystemen, mehr private Absicherung über Marktangebote, weniger solidarische Sicherung, aber auch im persönlichen und familiären Umfeld (Zunahme von Scheidungen und Bindungsproblemen), die ebenfalls mit finanziellen Risiken einhergehen, noch verschärft.

Welche gesellschaftlichen Chancen und Möglichkeiten dabei ungenutzt bleiben, zeigt sich besonders deutlich an den immer noch existierenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im System der Erwerbsarbeit. Denn nach wie vor lässt sich in Deutschland bisher von einem konsistenten Konzept zur Gleichstellung von Frauen und gleichberechtigter Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbs- so wie privater Haus- und Sorgearbeit nicht sprechen. Interventionen in unterschiedlichen Lebensphasen und verschiedene Übergänge im Lebensverlauf existieren unverbunden nebeneinander. So stehen beispielsweise hohen Investitionen in die Ausbildung junger Frauen (und Männer) Regelungen für verheiratete Paare gegenüber, die die asymmetrische Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und den zumindest temporären Rückzug vom Arbeitsmarkt – oftmals der Frau – nahelegen. Vertikale und horizontale Segregation sind noch immer stark ausgeprägt. Sogenannte Frauenberufe sind in der Regel schlechter bezahlt, bieten oftmals weniger Aufstiegs- und Entwicklungschancen und münden häufig in Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung. Zugleich unterscheiden sich auch die beruflichen Positionen der Geschlechter (vgl. BMFSFJ 2005: 140-145; BMFSFJ 2011: 105-108). So sind Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten stark unterrepräsentiert.

Um erstens Arbeit für alle zu ermöglichen und zweitens Arbeit und Leben in den unterschiedlichen Lebensphasen zu vereinbaren, besteht dringender Handlungs- und Regulierungsbedarf. Das Ziel ist eine sozial gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen und zwischen Menschen mit herkunftsbedingt unterschiedlichen Startchancen. Dabei gilt auch: Hinter Arbeit muss Leistung stehen. Damit möglichst viele Menschen ihre materielle Existenz über die Teilhabe am Erwerbsle-

ben sichern können, bedarf es jedoch nicht nur makroökonomischer und gesellschaftspolitischer Bedingungen, sondern auch zentraler menschlicher Grundbefähigungen. Deshalb ist der Zugang zu Bildung als Voraussetzung für Chancengleichheit und individuelle Befähigung über den gesamten Lebenslauf immer mitzubedenken.

## 1.2 Handlungsfeld „Finanzsystem“

Die Finanz- und Banken Krisen der vergangenen Jahre haben nicht nur deutlich werden lassen, dass eine Re- und Neuregulierung der Finanzmärkte dringend notwendig ist, sondern auch eine grundlegende Bedingung der sozialen Gerechtigkeit darstellt. Die über drei Jahrzehnte laufende Kette von Deregulierungen hat Kapitaleigner in hohem Maß begünstigt, oft zu Lasten der Schwächeren, der Steuerzahler und der arbeitenden Menschen. Sie haben auch den Staat, der für die Schaffung eines Mindestmaßes an sozialer Gerechtigkeit verantwortlich ist, erheblich geschwächt. Gerade die Fähigkeit und das Vertrauen der Menschen und Unternehmen zur Kreditgewährung ist jedoch eine Grundvoraussetzung dafür, dass Gesellschaften prosperieren konnten. Finanzmarktstabilität ist hierfür von entscheidender Bedeutung. Sie ist ein globales öffentliches Gut (Schäfer/Young 2012; Kaul et al. 2003). Die privaten Finanzmarktakteure tendieren jedoch nach wie vor zur Übernutzung und damit zur Schädigung dieses Gutes. Dass die Verursacher der Krise nach Rettung der Finanzinstitute wieder genau die Muster aufgenommen haben, d.h. auch aufnehmen konnten, die entscheidend zur Krise beigetragen haben, lässt den dringenden Handlungsbedarf deutlich werden. Längst haben Ratingagenturen und Spekulation wieder angefangen, krisenverstärkend statt dämpfend zu wirken. Die schlecht regulierten Finanzmärkte, die sich von realwirtschaftlicher Wertschöpfung und deren Bedarf an langfristigen Investitionen entkoppelt haben, die Gewinne privatisieren, Verluste aber mit der Folge steigender Verschuldung der öffentlichen Haushalte sozialisieren, haben unser Wirtschaftssystem insgesamt in ein gefährliches Dilemma zwischen solider Haushaltsführung und ei-

nem Wachstumsverlangen geführt, das die Verschuldung noch verschärft. Zwischen dem Anspruch eines die Wirtschaft stützenden Finanzsystems und der Wirklichkeit klafft ein eklatanter Widerspruch: Das heutige Finanzsystem ist selbst instabil und führt häufig zu Verlusten in der Realwirtschaft. Es muss in vielen Ländern vom Steuerzahler gestützt werden.

Antworten und Lösungsstrategien auf die derzeitige Finanz- und Bankenkrise erfordern ein Umdenken und eine Umorientierung in der Gestaltung der Finanzmärkte insgesamt. Darauf muss der Staat mit Regulierung und Besteuerung der Übernutzung reagieren. Denn die Stabilität und Integrität der Finanzmärkte hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch wichtige soziale, kulturelle und politische Bedeutung über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg. Um den systemischen Fehlentwicklungen des Finanzsystems nachhaltig entgegenzuwirken, ist auch festzustellen, dass die Wirtschaftswissenschaften – aufgrund ihrer Mathematisierung – nicht in der Lage waren, die Finanzkrise von 2008 vorherzusehen. Die Krise der Ökonomie ist auch eine Krise der ökonomischen Wissenschaften und ihrer Grundsätze.

### 1.3 Handlungsfeld „Ökologie“

Immer noch orientiert sich unsere Gesellschaft an einem Wohlstandsmodell, das die Grenzen der Natur, die menschliche Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit nicht angemessen und im notwendigen Maß einbezieht. Gerade dem Anspruch auf ökologische Nachhaltigkeit steht die Wirklichkeit eines zu hohen Ressourcenkonsums der Industrie- und Schwellenländer entgegen. Die zentralen Größen der Nachhaltigkeit – neben Ressourcenkonsum die Treibhausgaskonzentrationen (Klima), die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität) und die Wüstenausbreitung – verschlechtern sich laufend und teilweise dramatisch. Bezüglich des Klimas sprechen Expertinnen und Experten mittlerweile von Kipp-Punkten (WBGU 2011), bei deren Erreichen dramatische klimatische Brüche oder Kettenreaktionen eintreten könnten. Dazu gehören etwa das großflächige Verschwinden von

Eisflächen, was die Reflexion von Sonnenenergie reduziert und so die globale Erwärmung beschleunigt, oder das Auftauen von Permafrostböden mit der Wirkung der Freisetzung großer zusätzlicher Mengen von Methan und anderen Treibhausgasen. Diese Kipp-Punkte müssen dringend vermieden werden. Andernfalls sind Systembrüche zu befürchten. Die existierenden Instrumente, um gegenzusteuern, sind jedoch zu schwach und werden zudem weitgehend ignoriert.

Generalisiert und über das Gefahrenthema „Klima“ hinausgehend gibt es ein Maß für die Umweltbeanspruchung durch den Menschen und daraus abgeleitet ein Maß für ökologische Nachhaltigkeit: den ökologischen Fußabdruck (Wackernagel/Rees 1996). Dieser misst die Fläche, die für die Zurverfügungstellung aller konsumierten Güter und Dienstleistungen benötigt wird – für den Verbrauch fossiler Brennstoffe wird stellvertretend die Fläche gerechnet, die gleichviel Energie aus erneuerbaren Quellen benötigt. Bei sieben Milliarden Menschen muss der Fußabdruck unterhalb von zwei Hektar pro Person liegen, gegeben das Fassungsvermögen der Erde. Der tatsächliche Verbrauch hat sich aber schon drei Hektar genähert und liegt in den reichen Ländern zwischen vier und zehn Hektar. Der Widerspruch wird zudem von Jahr zu Jahr größer.

Verknappungstendenzen bei Öl und einigen anderen Rohstoffen haben in den vergangenen Jahren die Preise zwar ansteigen lassen und eine gewisse Tendenz zu effizienterer Ressourcennutzung ausgelöst. Aber das reicht nicht entfernt, um zu einer Nettoverminderung des Verbrauchs zu führen. Dabei könnten Effizienzsteigerungen Abhilfe schaffen (von Weizsäcker et al. 2010). Ein großes, meist verdrängtes Problem bei der Effizienzstrategie ist aber der sogenannte Rebound-Effekt (Enquetekommission WWL 2012): In der Vergangenheit sind viele Effizienzfortschritte durch zusätzlichen Konsum wieder aufgezehrt worden, zusätzliche Wachstumseffekte ließen den Verbrauch darüber hinaus sogar noch ansteigen. Solange unser Wirtschaftswachstum auf der weitgehend kostenlosen Zerstörung der Umwelt und dem wachsenden Ver-

brauch von nicht erneuerbaren Ressourcen basiert, wird sich daran auch nichts ändern. Um diese Entwicklung umzukehren, müssen Innovationen nachhaltig und das ökonomische Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

Zugleich muss das notwendige Umsteuern hin zu ökologischer Nachhaltigkeit mit globaler Gerechtigkeit einhergehen. Ein psychologisch starkes Motiv für die Wachstumsorientierung der Entwicklungsländer ist der Vergleich mit den Pro-Kopf-Wohlstandsniveaus in den älteren Industrieländern. Und hier zeigt sich: Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung hat ein ungefähr 50fach höheres Einkommen als das ärmste Fünftel (vgl. Dauderstädt/Keltek 2011). Auch innerhalb der allermeisten Länder nimmt der Abstand zwischen Arm und Reich weiterhin zu. Dem Anspruch einer gerechten Welt steht die Wirklichkeit einer immer noch weiter aufreißenden Schere zwischen Arm und Reich entgegen. Dabei hängt unser Fortschritt auch von der Verwirklichung globaler Gerechtigkeit ab. Im Zeitalter der Globalisierung muss es daher das Ziel sein, unsere Politikerinnen und Politiker anzuhalten, sich aktiv und konstruktiv für internationale Kooperation einzusetzen. Unsere Ideen eines guten und gelingenden Lebens werden sich nicht realisieren lassen ohne politischen Konsens zu Hause und weltweit. Denn was wäre gewonnen, wenn nur wir Treibhausgase reduzieren? Wenn nur wir über nachhaltiges Wirtschaften nachdenken und zahlreiche andere Länder nicht? Auch wenn sich viele dieser Ideen bereits weltweit beginnen durchzusetzen, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Die beste Art, dies zu tun, ist zu zeigen, wie Veränderung machbar ist – und sich auszahlt.



*So wollen  
wir leben!*

## 2. Neuer Fortschritt I: Die Lern- und Arbeitsgesellschaft

### 2.1 Potenziale für ein gutes und gelingendes Leben

Vielfalt, Veränderungen und Dynamik sind Kennzeichen einer modernen Gesellschaft. Sie finden im Wandel von Erwerbs- und Lebensformen Ausdruck, stellen tradierte Muster, Strukturen und Sicherheiten infrage, können aber auch Spielraum für individuelle Präferenzen eröffnen. Sie bergen vielfach das Potenzial für ein gutes und gelingendes Leben. Aktuell befähigt unsere Gesellschaft die Menschen jedoch nicht, dieses Potenzial auszuschöpfen. Eine Orientierung für die Arbeit des Fortschrittforums stellt daher – in Anlehnung an Amartya Sen und Martha Nussbaum – der Befähigungsansatz dar: Individuen sollen dazu befähigt werden, ein würdevolles, gutes Leben zu führen. Sie sollen unabhängig von demografischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Nationalität), ihrer sozialen Herkunft und sozialen Lage am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sich mit ihren Leistungen einbringen und sich selbst verwirklichen können. Das bedeutet auch, dass für Benachteiligte wie Alleinerziehende oder Niedrigqualifizierte deutlich mehr Ressourceneinsatz notwendig werden kann. Für den Staat und die Gesellschaft insgesamt ergibt sich die Aufgabe, Individuen zu fördern, Wahlfreiheiten zu schaffen, zu informieren, Orientierung zu geben und so Leistung zu ermöglichen. Auf individueller Ebene wird damit die Voraussetzung für selbstbestimmtes bzw. eigenverantwortliches Handeln geschaffen. Denn die zunehmend diskontinuierlichen Erwerbs- und Lebensverläufe der Menschen in unserer Gesellschaft sollten nicht länger als Bedrohung erlebt, sondern vor allem als Herausforderung und Chance begriffen werden.

Ausgehend vom Befähigungsansatz wollen wir im Folgenden daher Mindeststandards formulieren, die nicht unterschritten werden dürfen, damit gute Bildung, gute Arbeit, gutes Leben und eine gute Gesellschaft gelingen. Ein Umsteuern hinsichtlich der Ressourcen Zeit, Geld und Infrastruktur sind notwendig damit verbunden. Adressaten und gleichzeitig auch Akteure für Reformen sind neben dem Staat dabei ebenso die Sozialpartner, Familien und Individuen. Kluge Politik sollte die Menschen nicht mehr nur kompensatorisch unterstützen, wenn sie bereits von Arbeitslosigkeit oder Krankheit betroffen oder Eltern geworden sind. Vielmehr muss ihr Ziel darin bestehen, diese Risiken vorausschauend anzuerkennen und ihnen vorsorgend zu begegnen. Es bedarf einer innovativen Weiterentwicklung der Sozialsysteme im Sinne einer sozialen Lebenslaufpolitik, die Optionen für eine selbst- und mitverantwortliche sowie möglichst risiko- und problemfreie Gestaltung des eigenen Werdegangs bzw. Lebenslaufs eröffnet. Durch eine stärkere Ausrichtung des Sozialstaates auf Prävention/Vorsorge und Interventionen werden „Reparaturen“ bzw. Nachsorge weniger nötig – wenn auch keinesfalls überflüssig.

## 2.2 Bildung

Wir setzen uns für ein Verständnis von Bildung ein, das die Vielfalt von Lebensentwürfen, aber auch die Brüche in Lebenswegen anerkennt und respektiert. Unser Ziel ist daher ein umfassendes Verständnis von Bildungspolitik. Es legt nicht nur Wert auf Bildung in klassischen Fächern, sondern versteht Bildung auch als lebensphasenübergreifenden Prozess, bei dem niemand zurückgelassen wird, bei dem Leistungsorientierung eine Rolle spielt und bei dem schließlich auch auf die Vermittlung von Kenntnissen im Bereich der Politik und Wirtschaft Wert gelegt wird. Ein modern verstandener fortschrittlicher Ansatz darf Bildung nicht länger als das bloße Addieren von Abschlüssen verstehen, sondern als kontinuierliches Angebot, Menschen zur Teilhabe an dieser Gesellschaft zu befähigen. Dem schließt sich unsere Forderung nach Inklusion benachteiligter Milieus durch aufsuchende Bildungsarbeit an. Konzepte von Solidarität und Gerechtigkeit dürfen dabei aber nicht auf Armut und Exklusion reduziert, sondern müssen um die Idee der Demokratie als partizipativer Lebensform ergänzt werden. Die Unterrichtsform muss sich ändern – Demokratie lehren und lernen, kulturelle und soziale Kompetenzen vermitteln und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung stärken.

**Mehr Geld für die frühkindliche Bildung bereitstellen**

Die größten Wirkungen von Bildungsinvestitionen werden am Anfang eines Bildungsweges erzielt und dort sollte im Schwerpunkt angesetzt werden. Das allerdings setzt auch voraus, dass der zentrale Ort frühkindlicher Bildung – die Kommune – ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Deshalb müssen wir gerade die frühen Schuljahre finanziell künftig besser unterstützen. Dabei sollte sozialräumlich besonders geforderten Schulbezirken auch eine besondere Unterstützung zuteil werden. Sie lassen sich mittlerweile sehr einfach identifizieren. Um eine angemessene Betreuung und Förderung von Kindern sicher-

zustellen, sprechen wir uns für eine Erhöhung des Personalschlüssels bei der frühkindlichen Bildung insgesamt aus. Für unter Dreijährige ist ein Schlüssel von 1:3; für Dreijährige und ältere Kinder von 1:7,5 anzustreben. Mehr und vor allem qualitativ gute Kinderhorte, Ganztagskindergärten und -schulen werden gebraucht. Hier kommen wir aktuell zu langsam voran. Zugleich müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern weiter zu verbessern. Der Anteil staatlicher Ausbildungsplätze sollte dazu erhöht und die Aufwertung des Beschäftigungsfeldes durch anschlussfähige Fortbildungsmöglichkeiten und Akademisierung gefördert werden. Außerdem muss das Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern steigen.

Nicht nur die Zugänge zu Bildungswegen, sondern auch die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen müssen künftig mehr Aufmerksamkeit erfahren. Die vielen Akteure und Einrichtungen im Bildungsverlauf der Kinder müssen miteinander vernetzt werden, sodass die Unterstützung der Kinder kontinuierlich ist und mit viel Zeit erfolgt. Hierzu benötigen wir die Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Institutionen und Professionen. Auf Grundlage einer Änderung des Grundgesetzes wäre in diesem Zusammenhang auch eine stärkere Einmischung des Bundes denkbar, um eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen sowie gleiche Bildungsstandards zu gewährleisten und so existierende Qualitätsunterschiede abzubauen. Um den regelmäßigen Austausch und die Abstimmung von Förderkonzepten zu ermöglichen, sollte beispielsweise die Kooperation zwischen Kitas und Grundschulen institutionalisiert werden. Dazu lassen sich Steuerungsgruppen bilden, in denen sowohl Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter als auch Eltern vertreten sind. Das letzte Kitajahr soll so gemeinsam gestaltet werden. Unterstützend sollten nicht-schulische Förderangebote (z. B. Lesepatentprogramme) ausgebaut werden. Kinder mit Sprachproblemen müssen künftig noch früher identifiziert und kontinuierlich gefördert werden. Grundsätzlich müssen wir die Kinder länger gemeinsam lernen lassen, mindestens bis zum Alter von 14, besser bis zum Alter von 16 Jahren, wie es in vielen anderen Ländern bereits erfolgreich praktiziert wird.

### Rechte und Chancen Jugendlicher auf Berufsausbildung garantieren

Unser Ziel und Anspruch muss es sein, dass künftig alle Jugendlichen die Schule mit einem anschlussfähigen Abschluss verlassen und ein Recht auf Berufsausbildung erhalten. Dazu braucht jede Schule Zukunftsloten, die die Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl beraten. Dafür können entweder Lehrerinnen und Lehrer freigestellt oder Externe rekrutiert werden. Um aber nicht nur kurzfristige Vermittlungserfolge zu erzielen, sondern auch nachhaltig zu beraten, müssen diese Loten entsprechend aus- und weitergebildet werden. Dazu gehört, die Arbeitsrealität in den Unternehmen kennenzulernen, über Berufsbilder und ihre Entwicklung informiert zu sein und die Anforderungen einzelner Berufe nachvollziehen zu können. Alle Jugendlichen unter 25 Jahre sollen zudem in Jugendberufsagenturen ihrem individuellen Bedarf entsprechend beraten und zeitnah vermittelt werden. Sowohl Schulen als auch Unternehmen, Verbände und Kammern müssen daran mitwirken. Ein erster wichtiger Schritt in Richtung eines grundsätzlichen Rechts auf Ausbildung besteht darin, Unternehmen darauf zu verpflichten, geringqualifizierte Arbeitslose unter 25 Jahren auszubilden. Grundsätzlich muss Transparenz über die Ausbildungsqualität von Unternehmen und Branchen geschaffen werden. Dabei gilt: Die duale Ausbildung ist zwar ein wesentlicher Faktor für die Stärke der deutschen Wirtschaft und den vergleichsweise reibungslosen Einstieg junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Doch mit Blick auf andere Länder mit dualem Ausbildungssystem zeigt sich aber auch Verbesserungsbedarf (Ebner 2013). Die hochspezialisierte deutsche Ausbildung erschwert den Zugang zu einer unbefristeten Beschäftigung. Eine inhaltlich breiter angelegte Ausbildung wie in Österreich und der Schweiz macht Lehrabsolventen breiter einsetzbar. Spezialisierungen und Anpassungen durch Weiterbildung können dann darauf aufbauend während des ganzen Erwerbslebens erfolgen.

### Zugang und Qualität des Studiums verbessern

Unser umfassender Anspruch an Bildung muss sich auch im Übergang zum Studium verwirklichen. Konkrete Ansatzpunkte sind notwendig, um einerseits den Zugang zu vereinfachen, gerade für bisher Benachteiligte, und andererseits die Qualität des Studiums insgesamt zu verbessern. Dazu muss das BAföG konsequent ausgeweitet werden. Zudem ist ein Finanzierungsprogramm zum Ausbau der Studienkapazitäten in Deutschland vonnöten, das erstens mehr Plätze, zweitens kürzere Wartezeiten und drittens niedrigere Zugangshürden schafft. Dabei ist neben den Studienanfängern insbesondere die Gesamtzahl der Studierenden, die Absolventenquote oder auch das bedarfsgerechte Angebot für Masterstudienplätze zu berücksichtigen. Der Bund soll sich an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen, um sie dauerhaft und bedarfsgerecht zu sichern. Nach einer entsprechenden Grundgesetzänderung muss sich der Bund verpflichten, eine feste Finanzierungsquote an den Grundmitteln der Hochschulen zu tragen. Dadurch erhalten die Länder den Spielraum, frei werdende Mittel für den Kapazitätsausbau und zur Verbesserung der Lehre zu nutzen. An jeder Hochschule sollte es zudem ein Berufszentrum geben, das regelmäßige Veranstaltungen organisiert, bei denen beispielsweise Alumni über Berufsfelder berichten, mögliche Arbeitgeber sich vorstellen und über Bewerbungsverfahren informiert wird. Universitäten müssen die Berufsfelder und Karriereentwicklungen ihrer Studienabgänger transparent machen. Darüber hinaus ist das Studium Generale, als Möglichkeit der Orientierung im Studium und im Sinne eines umfassenderen Bildungsbegriffs, zu fördern.

### Kulturelles Lernen, politische und ökonomische Bildung fördern

Bildung, die das Ziel breiter gesellschaftlicher Teilhabe und individueller Selbstbestimmung verfolgt, muss nicht nur

früh ansetzen, sie muss auch alle Formen der Bildung, informaler und formaler Struktur, einschließen. Wissensvermittlung ist ein grundlegender Baustein des Lernens, jedoch nur durch persönliche Erfahrung, Austausch und Praxisprojekte verändert sich auch das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Insbesondere um benachteiligte Milieus zu erreichen, braucht es die aufsuchende Bildungsarbeit, das Know-how aus dem Bereich der Sozialarbeit und die Verknüpfung des Ziels der politischen Bildung mit dem Mittel der kulturellen Bildung. Ziel des kulturellen Lernens ist es, unbewusste Routinen, Metaroutinen und Weltbilder des eigenen kulturellen Umfelds sichtbar und erfahrbar werden zu lassen, um sie damit anschlussfähig zu anderen kulturellen Skripten zu machen. Damit ist anwendungsorientiertes Lernen auf der Basis von „Trial and Error“ gemeint. Ziel ist es, problemlösungsorientiertes Lernen zu ermöglichen. Darüber hinaus ist auch großer Wert auf die politische und ökonomische Bildung aller Gesellschaftsmitglieder zu legen. Vielen Menschen fehlt gegenwärtig das Wissen, um die Ursachen und das Ausmaß der aktuellen Krisen zu verstehen und die politischen Diskussionen sowie Lösungsansätze nachvollziehen und bewerten zu können. Daher gilt es, alle Gesellschaftsmitglieder dazu zu befähigen, komplexe politische und ökonomische Zusammenhänge in ihren Grundzügen zu erfassen.

### Lebenslanges Lernen unterstützen

Lernen ist mit der Ausbildung oder dem Studium nicht abgeschlossen. Um Beschäftigungsfähigkeit zu sichern und berufliche Mobilität zu erhöhen, müssen Weiterbildung und lebenslanges Lernen daher künftig besser unterstützt werden. Gerade Menschen mit geringem Bildungskapital sollten im Verlauf ihres Lebens verstärkt die Chance erhalten, Bildungsabschlüsse nachzuholen, und Ältere sollten eine kontinuierliche Unterstützung bei der Weiterbildung genießen. Zudem sollten Weiterbildungsprogramme für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben eingesetzt und Maßnahmen auch berufsbegleitend oder in Teilzeit verstärkt angeboten werden, sodass Menschen mit familiären Ver-

pflichtungen besser gefördert werden können. Deshalb sollte Menschen, die freiwillig an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen oder Arbeitslosengeld bzw. Übergangsgeld beziehen (§5 I Nr. 2 SGB V), der Schutz von Kranken- wie Arbeitsversicherungen gewährt werden. Neben der Arbeitsversicherung könnten beispielsweise auch Weiterbildungskonten eingerichtet werden, die von Unternehmen finanziert werden und paritätisch Investitionen in allgemeines und spezifisches Humankapital vorsehen.

### Mehr Bildungsangebote im Lebensverlauf eröffnen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit erhalten, ihre eigene berufliche Zukunft zu gestalten und den Weiterbildungsbedarf besser einzuschätzen. Dazu soll ein Kompass „Berufliche Zukunft“ entstehen, der zentrale Indikatoren des Arbeitsmarktes aufnimmt und Prognosen für bestimmte Berufszweige abgibt. Institutionen wie die Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kammern könnten diesen Kompass mitgestalten. Zu empfehlen ist zudem die Einrichtung von Portalen im Internet, die Informationen zu einer Berufsgruppe geben, auf berufliche Trends hinweisen und persönliche Weiterbildungsmöglichkeiten aufweisen. Beruflich Qualifizierte sollten durch spezielle Angebote und Leistungen (z. B. Brückenkurse, BAföG oder Mentoringprogramme) stärker dabei unterstützt werden, ein Studium aufzunehmen. Dies könnte auch dadurch erreicht werden, dass Ausbildungsanteile anerkannt und Studiengänge in Teilzeit absolviert werden können. Das Angebot an Weiterbildungsstudiengängen sollte ausgebaut werden.

### Neue Bildungswege in einer alternden Gesellschaft ermöglichen

Wir steuern auf eine ältere Erwerbsgesellschaft zu. Wichtig ist daher eine passgenaue, kontinuierliche Unterstützung

bei der Weiterbildung und eine Anpassung von Lehr- und Lernmodellen an die Stärken Älterer. Helfen kann dabei ein Index für Corporate Age Responsibility (CAR). Dieser bildet anhand eines festen Kriterienkatalogs die Qualifizierung von Älteren ab, gewichtet sie, berücksichtigt den gesamten Anteil Älterer im Unternehmen, misst die Einstellung der Beschäftigten und setzt dies alles in einem Ranking, dem CAR-Index, um. Idealerweise wird dieser Index von einem wissenschaftlichen Rat entwickelt und betreut. Über diesen Index könnten sich Unternehmen als gute Arbeitgeber profilieren und für Fachkräfte attraktiver werden. Für die Beschäftigten soll der Index langfristige Vorteile bei Qualifizierung und Beschäftigung bringen. Wir sprechen uns zudem dafür aus, die Entwicklung und Anwendung von Konzepten altersgerechten Lernens, von Gesundheitsinitiativen, Mentorenprogrammen oder Laufbahnplanungen künftig steuerlich zu fördern. Dazu ist ein Sonderweiterbildungs-Bonus „45plus“ einzuführen: Jeder Euro, der in die Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert wird, die 45 Jahre oder älter sind, soll mit einem weiteren Euro gefördert werden. Die Unternehmen können darüber entscheiden, in welchen Bereich der Weiterbildung sie investieren wollen.

## 2.3 Nachhaltige Arbeitskultur

Unsere Vision der Lern- und Arbeitsgesellschaft verfolgt das grundsätzliche Ziel, für alle Individuen im erwerbsfähigen Alter den Zugang zum Arbeitsmarkt sicherzustellen. Das Ziel einer Arbeitsgesellschaft, in der die materielle Existenzsicherung primär über Erwerbsarbeit realisiert werden kann, braucht aber auch einen nachhaltigen Umgang mit menschlichen Ressourcen. Es geht uns um faire Entlohnung, erweiterte Wahlmöglichkeiten bei Arbeits- und Auszeiten, um Beschäftigungssicherheit sowie darum, Beschäftigungsfähigkeit zu fördern und Entwicklungschancen zu eröffnen. Eine nachhaltige Arbeitskultur muss daher einerseits die Arbeitssouveränität der Beschäftigten stärken, gleichzeitig aber auch einen neuen Ordnungsrahmen definieren, der Schutz bietet vor einer kurzfristigen Übernutzung der Arbeitsvermögen. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze stellt deshalb vor allem die Qualität der Arbeit ein Kernelement des notwendigen Strukturwandels in unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft dar. Qualifizierung und gute Arbeit sind zudem wesentliche Säulen der Wettbewerbsfähigkeit in einer Wirtschaft, die sich auf hohem technologischem Niveau bewegt. Die Potenziale in Industrie und Dienstleistungen sinken, wenn Arbeit durch unzureichende Ausbildung, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet ist. Eine vernünftig angelegte Industrie- und Dienstleistungspolitik muss daher der Tatsache Rechnung tragen, dass Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen dem Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht zuträglich sind.

**Durch bessere Regulierung gute Arbeit gewährleisten**

Die Zunahme von Leiharbeit, Minijobs, Werkverträgen oder (unfreiwillige) Teilzeitbeschäftigung ist nicht allein mit Planungsunsicherheiten, geringer Entlohnung und erheblichen Belastungen für den Einzelnen, sondern auch mit Nachteilen für die sozialstaatlichen Sicherungssysteme verbunden.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, sollte künftig die Verbreitung von Minijobs eingedämmt werden. Bei der Leiharbeit gilt es, den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umzusetzen bzw. einen Risikozuschlag für diese Beschäftigungsform vorzusehen und sie damit für Unternehmen weniger attraktiv zu gestalten. Es soll eine Höchstüberlassungsdauer definiert und das Synchronisationsverbot wieder eingeführt werden, um Missbrauchsmöglichkeiten zu beenden. Unbefristete Arbeitsverhältnisse sollten zur Norm werden, befristete Beschäftigungen nur möglich sein, wenn es hierfür einen sachlichen Grund gibt. Zudem ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn einzuführen, der für Alleinstehende bei Vollzeitbeschäftigung existenzsichernd ist. Um eine Erhöhung der Tarifbindung erreichen zu können, muss die Sozialpartnerschaft wieder erstarken. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften wie auch auf Arbeitgeberseite muss sich erhöhen.

**Arbeitssouveränität und Partizipationskultur stärken**

Die von vielen als positiv bewertete Erfahrung der Erweiterung von Handlungs- und Gestaltungsräumen für Arbeitende findet ihre Kehrseite in Formen der Entgrenzung und der Dauerverfügbarkeit. Dies schränkt die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, der Wahrnehmung von Sorge- und Pflegearbeiten ein und kann auch zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen und zur Einschränkung von Arbeitsfähigkeit führen. Um die Arbeitssouveränität der Menschen zu stärken, braucht es deswegen die Festlegung von Belastungsgrenzen und Mindeststandards sowie verbindliche Regelungen zur Gestaltung von Entgrenzungen (Boundary Management) und eine neues umfassendes Humanisierungsprojekt zur Umsetzung guter Arbeit. So müssen befristete Verlängerungen oder Beendigungen von Arbeitsverträgen für den Arbeitgeber künftig zeitlich ankündigungspflichtig sein. Von großer Bedeutung ist dabei die betriebliche Ebene und die Mitgestaltung der Interessenvertretung. Insgesamt soll in

den Unternehmen künftig das Leitbild des sozial verantwortlichen Arbeitgebers und Arbeitnehmers kultiviert werden. Es geht um die Schaffung einer Partizipationskultur, die mehr Anerkennung und vor allem mehr Akzeptanz für die Grenzen der Verfügbarkeit und Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet. In den Unternehmen müssen verstärkt Räume für Verständigungsprozesse geschaffen werden.

### Arbeitsversicherung entwickeln

Übergänge im Bildungs- und Beschäftigungssystem, unterschiedliche Arbeitszeiten und bestimmte Lebensphasen, die gesellschaftliche Relevanz tragen bzw. gesellschaftliche Solidarität rechtfertigen, müssen infrastrukturell, finanziell besser, vor allem nachhaltig abgesichert und rechtlich geregelt werden. Sie dürfen nicht länger in Sackgassen enden. Die derzeitigen Sicherungssysteme erfassen nur bestimmte Risiken im Erwerbsverlauf (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege) und bieten nicht für alle Erwerbsformen einen ausreichenden Schutz. Außerdem sind sie vorwiegend kurativ und nachsorgend ausgerichtet und vernachlässigen eine aktive Unterstützung und Befähigung. Für die Neuorientierung auf eine investive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik spielt Weiterbildung eine zentrale Rolle. Dabei ist es wichtig, nicht nur ein Recht auf Weiterbildung und entsprechende Freistellungsregelungen zu implementieren, sondern flankierend auch entsprechende Beratungsangebote sowie regionale Qualifizierungsnetze einzurichten. Es geht darum, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln und neben Sicherungselementen die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern und Entwicklungschancen zu ermöglichen. Das Ziel ist eine neue lebensverlaufsorientierte Arbeitspolitik (Schmid 2008).

## 2.4 Gendergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt

Trotz oft hervorragender Ausbildung haben Menschen mit Sorgeverantwortung, also insbesondere für Frauen, die immer noch den Löwenanteil an Kinderbetreuungs- und Pflegearbeit übernehmen, wenig Anteil am Erwerbsleben. Sie sind häufig ausgeschlossen von der Möglichkeit, ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen und eine Karriere zu verfolgen. Wir setzen uns deshalb für eine konsistente Gleichstellungspolitik ein, die über den gesamten Lebenslauf von einem Leitbild gleicher Verwirklichungschancen von Frauen und Männern im Bildungs- und Beschäftigungssystem ausgeht, die aber auch Raum für gesellschaftlich notwendige unbezahlte Sorgearbeit, Bildungsphasen und Eigenzeit lässt, die Wahlmöglichkeiten für unterschiedliche Präferenzen und in unterschiedlichen Lebensphasen bietet und sicherstellt, dass Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für gesellschaftlich anerkannte Tätigkeiten (wie Sorgearbeit) langfristig nicht zu Nachteilen führen.

Eine dementsprechende Reformpolitik des Arbeitsmarkts bildet in Kombination mit einer ambitionierten Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik den Kern des vorsorgenden Sozialstaates. Dazu gehört die Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten, dazu gehört ebenso ein Sozialsystem, das Übergänge (z. B. von der Elternzeit zurück in die Erwerbstätigkeit) besser absichert und abfedert, dazu gehört aber auch ein Steuersystem, das nicht auf die Stabilisierung des Familienernährers, sondern auf eine partnerschaftliche Arbeitsteilung abzielt. Um mehr Gendergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen, ist es daher notwendig, finanzielle Fehlanreize zu beseitigen. Dazu zählt etwa das Ehegattensplitting. Um die existierenden Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern realistisch abzubilden, bietet sich der Gender Income Gap als wichtige Größe an. Ebenso sind Maßnahmen zu ergreifen, damit geschlechtsuntypische Berufe erlernt werden – das meint explizit auch eine stärkere Verbreitung von Männern in typischen „Frauenberufen“

(z. B. Kindergärtnerin, Krankenpflege etc.). Schließlich ist eine (evtl. zeitlich begrenzte) Geschlechterquote für Aufsichtsräte einzuführen. Der Krankenversicherungsschutz über den Ehepartner macht es zudem für viele Frauen nach wie vor unattraktiv, wieder (Vollzeit) zu arbeiten. Eine Reform dieser Regelung wäre richtig und wird auch im Gleichstellungsbericht (BMFSFJ 2011) empfohlen.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen

Nur ein Arbeitsmarkt, der seinen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Übernahme von Sorgeverpflichtungen ermöglicht, ist sozial gerecht. Ein neues Konzept von guter Arbeit braucht darum eine neue Idee bzw. eine Dimension von Vereinbarkeit von Familie und Beruf – für Frauen und Männer. Dabei hat der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur für Klein- und Schulkinder weiterhin oberste Priorität. Daneben ist das Thema „flexible Arbeitszeiten“ (vgl. BMFSFJ 2010: 47ff.) zentral. Wir unterstützen deshalb Vorschläge zur Einführung einer „großen Familienteilzeit“ oder auch „kleinen Familien-vollzeit“. Im Rahmen eines solchen Modells könnten Eltern mit kleinen Kindern beide gleichzeitig ihre Arbeitszeit auf bis zu 32 Stunden reduzieren, wobei ein Teil der Einkommensverluste über die Solidargemeinschaft ausgeglichen würde. Zu empfehlen ist hier eine nach Einkommen gestaffelte Lohnersatzleistung, um die sehr gut Verdienenden nicht zu privilegieren und einen sozialen Ausgleich zu ermöglichen. Zentral und neu am Gedanken der kleinen Familienvollzeit ist übrigens, dass eine Lohnersatzleistung nicht nur anstelle eines Erwerbseinkommens gezahlt wird, sondern parallel dazu. Der Vorteil ist, dass Eltern – heute mehrheitlich Mütter – z. B. nach der Elterngeldphase nicht wie bisher in eine kleine Teilzeit gedrängt würden, umgekehrt Väter nicht in überlange Arbeitszeiten. Insofern zielt dieses Modell auf eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie und knüpft nahtlos an das Konzept des Elterngeldes an. Entsprechend sollte auch das Elterngeld egalitär auf beide

Geschlechter zielen. Eine paritätische Aufteilung der Partnermonate beim Elterngeld dürfte zudem die betriebliche Verhandlungsposition von Männern, von denen nach wie vor oft permanente Verfügbarkeit erwartet wird, stärken.

In diesem Zusammenhang ist auch über die Einführung einer „neuen Vollzeitnorm“ nachzudenken, die sich ebenfalls auf eine gleichberechtigtere Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern auswirken würde. Insgesamt sollte eine neue Arbeitszeitverteilung über den Lebensverlauf bzw. das Lebensalter hinweg möglich werden. Variationen der Arbeitszeit sollten im Erwerbsverlauf möglich und ohne Nachteile rückholbar sein. Teilzeiterwerbsarbeit sollte in Führungspositionen selbstverständlich werden und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollte der Anspruch bestehen, von einem freiwilligen Übergang in Teilzeit wieder zur Vollzeit zurückzukehren. Strikte Altersgrenzen für die Rente sind zu hinterfragen und „Ruhezeiten“ aus Renten sollten vorziehbar sein.

### Pflegearbeit besser stellen

Genauso wichtig ist es für uns, endlich Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege älterer Angehöriger zu entwickeln. Im Allgemeinen sollte Pflege Tätigkeit neu zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Familie und Gesellschaft austariert werden. Grundsätzlich ist die Pflegeinfrastruktur quantitativ wie qualitativ zu verbessern. Pflege wird großteils privat, unbezahlt und von Frauen geleistet, die dafür oft ihren Beruf aufgeben. Auszeiten bei Pflegearbeit sind jedoch länger und die zeitlichen Spielräume schwieriger zu bestimmen als im Falle der Kinderbetreuung. Neben dem Ausbau der Pflegeinfrastruktur, die auf eine bessere Unterstützung pflegender Angehöriger abzielt, werden daher sozialstaatliche Modelle benötigt, die es Menschen ermöglichen, Sorgearbeit für Angehörige zu übernehmen, ohne Altersarmut zu riskieren und ohne für immer aus dem Beruf auszusteigen. Wir schlagen die Schaffung eines Zeitkontingents

(1.000-Stunden-Pflegebudget) vor, das durch die Solidargemeinschaft finanziert wird, jedem Pflegenden zusteht und das flexibel im Verlauf der Pflegezeit eingesetzt werden kann und damit die Übernahme von Sorgearbeit auch neben dem Beruf ermöglicht. Ein solches Modell würde den Bedürfnissen pflegender Frauen ebenso entsprechen wie den Bedürfnissen pflegender Männer, wie uns aktuelle Studien zeigen. Denkbar ist zudem, dass Pflegetätigkeiten auch jenseits des gesetzlichen Rentenalters zu einer Erhöhung der individuellen Rentenansprüche führen können.

### Care-Ökonomie stärken

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend voranzubringen, müssen künftig aber auch Maßnahmen ergriffen werden, die die Beschäftigten der Care-Ökonomie sowie diesen Sektor insgesamt stärken. Gerade bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung, der Pflege älterer Menschen und den haushaltsnahen Dienstleistungen bleibt Deutschland aktuell weit hinter den Möglichkeiten zurück. Der Auf- und Ausbau einer hochwertigen Care-Ökonomie ist zudem wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen, umweltschonenden Wachstums. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, Wirtschaftszweige zu stärken, die mehr oder weniger ohne neuen Rohstoffverbrauch auskommen und von elementarer Bedeutung für zukünftige Wohlfahrt und Lebensqualität sind. Dazu zählt unserer Meinung nach die Care-Ökonomie. Wichtig zu ergänzen erscheint uns dabei, dass es sich beim Care-Bereich um einen Sektor handelt, der nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden darf. Soziale Dienstleistungen dürfen nicht nur für Vermögende erschwinglich sein. Daher handelt es sich hier um einen Bereich, in dem der öffentlichen Hand eine nicht unbedeutende Rolle zukommt. Denn stellt die Auf- und Neubewertung der Berufsbilder eine Voraussetzung für den Auf- und Ausbau eines hochwertigen Care-Sektors dar, dann bildet diese Zukunftsbranche wiederum eine wichtige Grundlage für die Verwirklichung einer nachhaltigen Arbeitskultur.



So wollen  
wir leben!

### 3. Neuer Fortschritt II: Rückführung des Finanzsystems auf seine eigentliche Aufgabe

Die aktuell notwendige Re- und Neuregulierung der Finanzmärkte stellt eine grundlegende Bedingung der sozialen Gerechtigkeit dar. Sie muss den Finanzsektor insgesamt wieder auf seine Aufgabe als Unterstützer des Wirtschaftsgeschehens zurückführen. Wichtige Instrumente sind Spekulationsbeschränkungen und Regulierungen für solche Geschäfte, die über eine ursprüngliche Hedging-Funktion (Dämpfung von Kursausschlägen) hinausgehen. Dazu zählt die Versicherungspflicht für Akteure und Instrumente (z. B. bei „Over the counter“-Geschäften) ebenso wie ein Spekulationsverbot bei lebensnotwendigen und strategisch bedeutsamen Gütern. Insgesamt muss mehr Transparenz im Finanzsystem geschaffen werden. Das kann mittels einer sogenannten Leverage Money Tax geschehen. Auch muss die gemeinsame Haftungsgrundlage der Branche bei Spekulationsgeschäften dringend verbessert werden (analog zu einem Konsortialbankensystem oder Sicherheitenpool). Weil aber die nationalstaatliche Regulierung gegenüber den internationalen Geldverschiebungen der Finanzmärkte weitgehend machtlos ist, muss die Bereitstellung von öffentlichen fairen Regelungen im Kern international und damit Gegenstand von multilateralen und regionalen Verhandlungen sein.

#### Finanztransaktionssteuer ausweiten

Schon aus Gerechtigkeitsgründen sollten Finanztransaktionen ähnlich wie alle anderen wirtschaftlichen Umsätze und Leistungen einer Steuer unterliegen. Mittlerweile gibt es hier auch erste konkrete Ansätze, die grundsätzlich unterstützenswert, aber längst nicht ausreichend sind. Unser Ziel muss eine Regelung sein, die globale Gültigkeit hat oder mindestens alle EU-Staaten einbezieht. Zudem ist eine Finanztransaktionssteuer im Grundsatz zwar richtig. Sie setzt im Wertschöpfungsprozess jedoch erst sehr spät an. Deshalb sollte bereits die Erzeugung spekulativer Produkte versteuert werden (analog des Mehrwertsteuerprinzips). Die Einführung eines solchen Instruments würde nicht nur einen weiteren Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten und Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten korrigieren, sondern auch fiskalische Spielräume zur Investition in eine vorsorgende Sozialpolitik schaffen.

#### Fairen Stabilitätsmechanismus schaffen

Um den möglicherweise drohenden Kollaps des Systems zu verhindern, aber auch zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum bedarf es eines demokratisch gesteuerten fairen Stabilitätsmechanismus (z. B. ESM oder European Monetary Fund), der die Kreditfähigkeit des Systems sicherstellt. Wesentlich ist, dass die bisherige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) so ausgeweitet wird, dass ein gemeinsamer Stabilitätsmechanismus für Zahlungsfähigkeit sorgen, also die Kreditfähigkeit der gesamten Volkswirtschaften wirkungsvoll sicherstellen

kann. Ein solcher Stabilitätsmechanismus wäre dann ein zur wirkungsvollen Abwehr der Angriffe auf den Euro dringend benötigter Kreditgeber letzter Instanz – Lender of Last Resort. Die EZB ist zu mandatieren, diesen Stabilitätsmechanismus einzurichten. Nur dann ist er in der Lage, Liquidität (Verschuldung beim Empfänger der Liquidität und Investition aufseiten der EZB, also Bilanzverlängerung bei der EZB – dessen sollte man sich bewusst sein) unbegrenzt zur Verfügung zu stellen, schnell zu handeln und alle Spekulationen und Unsicherheiten der Finanzmärkte und ihrer Akteure zu beenden. Haftung und Risiko dürfen dabei aber nicht allein bei der öffentlichen Hand liegen, sondern haftendes Vermögen für das „Hebel-Risiko“ der Verschuldung muss über eine faire Stabilitätsabgabe des Finanzmarktes, gestaffelt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Marktteilnehmers, aufgebracht werden. Hier bietet sich eine Kombination aus der bereits diskutierten Finanztransaktionssteuer mit der vom IWF vorgeschlagenen Financial Stability Contribution (FSC) an. Resultat einer Kombination aus Transaktionssteuer und Stabilitätsabgabe wäre eine Umlage auf Finanzprodukte, die den Handel, aber gerade auch die Erzeugung und Vertrieb von Finanzinstrumenten besteuert.

### Nachhaltige Finanzmarktordnung ermöglichen

Das zentrale Ziel einer nachhaltigen Finanzmarktordnung liegt darin, die Finanzmärkte in die Lage zu versetzen, bei Abweichungen selbstregenerierend wieder in den Stabilitätszustand zurückkehren zu können. Die zentralen Instrumente zur Erreichung der nachhaltigen Stabilität sind die Wiederherstellung des Haftungsprinzips und die Erhöhung der Absorbationsfähigkeit bei Schocks. Finanzmarktakteure müssen die Folgen ihrer Entscheidungen spüren, aber auch unerwartete Verluste, wie sie zum Beispiel jüngst aus vormals als sicher geltenden Staatsanleihen entstanden sind, hinreichend gut absorbieren können.

Die Regulierung kann gar nicht so breit und detailliert gestaltet werden, dass sie alle gegenwärtigen und zu-

künftigen Lücken verschließen und potenzielle Risikoherde abdecken kann. Daher ist das Aufspannen eines mehrere Ebenen umfassenden Sicherheitsnetzes unabdingbar. Die erste Ebene bildet die Regulierung, einschließlich zentraler Europäischer Finanzmarktaufsicht und hohem Eigenkapitalpolster bei allen Finanzinstitutionen inklusive der Schattenbanken (Grenzen und Anreize setzen, Widerstandsfähigkeit erhöhen), die zweite Ebene die Finanztransaktionssteuer (Gebühr für die Nutzung der Systemstabilität) und die dritte Ebene ein zumindest europaweit einheitliches handhabbares Insolvenzrecht für Banken (Schaden bei Misserfolg begrenzen). Nur im Zusammenspiel dieser drei Ebenen lassen sich riskante Geschäftspraktiken so eindämmen, dass das System insgesamt hinreichende Sicherheit erlangt und bei Abweichungen wieder selbstständig zur Stabilität zurückkehrt.

### Investitionen in ökologische und soziale Nachhaltigkeit fördern

Viele Querbeziehungen verbinden die für den künftigen Fortschritt relevanten Bereiche. So kann die neue Regulierung der Finanzwelt auch die Gestalt annehmen, dass Investitionen und Portfolios mit glaubwürdigen Kriterien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit steuerlich oder durch andere Rahmensetzungen bevorzugt werden. Denn vielen Wirtschaftssektoren steht ihre ökologische Modernisierung noch bevor und die Infrastruktur vom Energie-, über den Verkehrsbereich bis hin zur Kreislaufwirtschaft erfordert beachtliche Mittel. Das sollte als Möglichkeit genutzt werden, die vorhandenen, eigentlich immensen finanziellen Anlagemittel wieder für und in die Realwirtschaft einzubinden. Versteht man die dringend benötigten Mittel primär als Investitionen und nicht nur als Kosten, bergen sie durchaus wertvolle Synergieeffekte, um gleichzeitig drohende wirtschaftliche Abschwünge, zukünftige Energie- und Ressourcenpreissteigerungen sowie den zu erwartenden Anstieg von Treibhausgasen zu bewältigen.



*So wollen  
wir leben!*

## 4. Neuer Fortschritt III: Ökologisch nachhaltige Wohlfahrt

Wir benötigen ein Leitbild ökologischer Nachhaltigkeit, das die sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten respektiert. Harmonisieren kann die ökologische Komponente mit der sozialen und ökonomischen jedoch nur, wenn es gelingt, den Wohlfahrtszuwachs vom Naturverbrauch zu entkoppeln. Wachstum und Wohlstand sind legitime Ziele. Gerade weil uns der Begriff des Wohlstands noch zu eng gefasst, zu sehr auf materielle Güter bezogen scheint, sollte Wohlfahrt aber der Referenzpunkt werden. Wachstum darf nicht verabsolutiert werden und muss von einer Ethik getragen, gesteuert und gezügelt werden, die sich an Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und öffentlichen Gütern orientiert. Wohlfahrt in diesem Sinn ist für uns kein Privileg, sondern Wohlstand, der allen Menschen offensteht, in unserem Land ebenso wie in ganz Europa und in anderen Teilen der Welt.

Die Schonung der Umwelt, die Bewahrung der Biodiversität und die Mehrung der Ressourcenproduktivität müssen künftig zu vorrangigen Zielen werden. Letztere muss sogar rascher vorankommen als das BIP, wenn eine Entlastung der Natur und des Klimas gelingen soll (Enquete-Kommission WWL 2012a: 2). Der Naturverbrauch

muss dazu in vorhersehbaren Schritten stetig und langfristig verteuert werden. Die Entkopplung der Wohlfahrt vom Naturverbrauch muss also immer rentabler werden. Technisch ist diese Entkopplung längst möglich, praktisch kommt sie gegenwärtig jedoch nicht voran. Für ein reiches Land wie Deutschland, das die globalen Ressourcen (pro Kopf) aktuell weit überproportional beansprucht, ist die Entkopplung dabei nicht nur ethische Pflicht. Sie stellt gleichzeitig auch eine große Chance zur Modernisierung und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit dar. Denn ein aus ökologischen Gründen unvermeidlich erscheinender Strukturwandel ist sehr wohl mit der Sicherung und Zunahme von Arbeit mit hoher Wertschöpfung verträglich. Auch wenn der Transformationsprozess im Einzelfall negative Beschäftigungswirkungen nach sich zieht, können sich der Aufbau neuer Zukunftsindustrien und die „Vergrünung“ der Wirtschaft als starker Motor für eine zukunftsfähige Beschäftigung erweisen. Über den Markt allein wird dieser Prozess jedoch nicht gelingen. Nötig ist eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik, die die deutsche Wirtschaft gezielt auf die Wachstumsmärkte der Zukunft ausrichtet und neue Arbeitsplätze in diesen Bereichen schafft.

Dabei ist auf die soziale Verträglichkeit zu achten. Zu berücksichtigen sind die klassischen Wirtschaftsbereiche. Auch hier müssen die Bedingungen für einen fairen und gerechten ökologischen Wandel gewährleistet sein. Denn Abwanderungen von Industrie sollen vermieden werden. Ein Gedanke ist hier die Rückgabe des Aufkommens von Umweltverbrauchsabgaben an die Branchen in Proportion zu deren Leistung. Das schafft die Bedingungen eines naturschonenden Innovationswettbewerbs innerhalb der Branche und kann einen Schub analog zum Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) auslösen. Denn zukunftsfähig ist ein Wirtschaftskonzept nur dann, wenn es durch Innovationen gerade auch in diesen Bereichen Transformationsprozesse der „Vergrünung“ und Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Produktion in Gang setzt, die die Arbeitsplätze langfristig an die Anforderungen eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens anpassen, ohne zu sozialen Verwerfungen zu führen (UNEP 2011).

### Energie- und Rohstoffeffizienz erhöhen

Im Zentrum der Lösungen der ökologischen Nachhaltigkeit steht die Entkopplung der Wohlfahrt vom natürlichen Ressourcenverbrauch und der Beanspruchung der Senken, z. B. durch die Treibhausgasemissionen. Bezüglich der weltweiten ökologischen Asymmetrie zwischen Nord und Süd muss zudem endlich das Prinzip von pro Kopf gleichen Nutzungsrechten an den Ressourcen der Erde und an den Senken anerkannt werden. Das bedeutet für die westlichen Industrienationen eine Reduzierung ihres Verbrauchs. Für die Entkopplung der Wohlfahrt vom Ressourcenverbrauch gibt es grob gesagt drei Wege: Erstens bestehen längst umsetzbare technische Verbesserungen existierender Funktionen (z. B. LED anstelle von Glühlampen); zweitens ist eine Systemverbesserung bei ähnlicher Zielsetzung möglich (z. B. Hochgeschwindigkeitszug statt Kurzstreckenflüge, Ausbau des ÖPNV); drittens muss die Wohlfahrt vom BIP entkoppelt werden (weniger Arbeitsstress, gesündere Ernährung durch weniger Fleisch oder geringere Abhängigkeit vom Statuskonsum).

Gebäude können mittlerweile so gebaut oder saniert werden, dass sie netto mehr Energie erzeugen als verbrauchen; die vielfach schon genutzte Passivhaustechnologie mit einer Verzehnfachung der Energieeffizienz ist ein höchst attraktiver Zwischenschritt für Neubauten und Altbausanierung. Lebensmittel können mit einem Fünftel des heute üblichen Wassereinsatzes und weniger als der Hälfte der Energie hergestellt und zum Verbraucher geliefert werden. Die Mobilität, die als besonderes Hindernis für den Klimaschutz gilt, kann durch geeignete Städteplanung, intelligente Verkehrsbünde, die Betonung des Fahrrads und des öffentlichen Verkehrs sowie durch effizientere und klimafreundliche Fahrzeuge ökologisch nachhaltig werden. Auch in der Industrie liegen gewaltige Effizienzpotenziale, durch Prozessinnovation, Kaskadennutzung von Energie und Stoffen und durch Überwindung der Wegwerfphilosophie, die aus einer Epoche billiger Energie und Rohstoffe stammt.

### Ressourcenverbrauch verteuern

Um eine signifikante Erhöhung der Ressourcenproduktivität zu erreichen, müssen wir ein Äquivalent zum EEG entwickeln. Erfolgreich konnte mittels des EEG eine gesicherte Vergütung an die Einspeiser von Strom aus Wind und Sonne erreicht werden. Die Verbesserung von Renditen und Investitionssicherheit durch das EEG löste einen Boom bei erneuerbaren Energien aus. Gewiss hatte das EEG seinen Preis in Form von teurerem Strombezug, der aber noch deutlich unter den Preisen fossiler Energien und Kernenergie liegt, wenn man die aus ihrer Nutzung folgenden externen Kosten einpreisen würde. Das Land ist dabei insgesamt wohlhabender und krisenresistenter geworden, und die neue Branche schaffte Hunderttausende von Arbeitsplätzen. In Analogie zum EEG brauchen wir eine Strategie, die es immer lukrativer macht, die Ressourceneffizienz zu erhöhen und unnötigen Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Die langfristige, in behutsamen Schritten vorankommende Verteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen ist ein wichtiger Ansatz zur Erreichung dieses Ziels.

Als Vorbild kann dabei die Dynamik der Industriellen Revolution bezüglich der Erhöhung der Arbeitsproduktivität dienen. Instrumentell gesehen war dabei das mit Abstand wichtigste Mittel die laufende Erhöhung der Bruttolohnkosten pro Stunde. In Analogie wäre vorzuschlagen, die Ressourcenkosten und die Kosten der Naturnutzung regelmäßig mit der gemessenen Erhöhung der Ressourcenproduktivität und Abnahme der Naturbeanspruchung anzuheben. Die durch Bergbaukosten, Transporte, Oligopole, Spekulation und Nachfrageschwankungen determinierten Tagespreise würden im Wesentlichen ignoriert bzw. kompensiert, in dem Bewusstsein, dass die geologische Reichweite in jedem Fall endlich ist. Für die Verbraucher würden die monatlichen Kosten für Energie und Rohstoffe und die in den Produkten implementierten Kosten der Senkenbeanspruchung im Durchschnitt konstant bleiben. Um die Nachjustierung nicht zu büro-

kratisch und nicht zu häufig zu machen, sollte ein Korridor der Preissteigerung angepeilt werden, innerhalb dessen Marktschwankungen möglich sind. Der Staat kann dämpfend oder anhebend eingreifen, wenn die Märkte den Korridor nach oben bzw. nach unten verlassen; natürlich muss eine effektive Kartellaufsicht Preisabsprachen bestrafen. So ein System wäre geeignet, Firmen, Staaten, Konsumenten und Investoren zu veranlassen, sich auch auf Ressourcenproduktivität und die Reduzierung der Senkenbeanspruchung als zentrale Zielgrößen des Wirtschaftens und der Infrastrukturen einzustellen. Vor allem würden endlich langfristige Projekte angepackt, in den Bereichen Infrastruktur, Systementwicklung und Basistechnologien. Ein Bestandteil der Strategie der Verteuerung des Naturverbrauchs ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen.

### Lasten sozial gerecht verteilen

Damit der Preispfad sozial schwächere Familien nicht überproportional belastet (z. B. weil deren Energieanteil an den monatlichen Kosten überdurchschnittlich hoch ist und weil bei ihnen der technische Fortschritt typischerweise später ankommt als bei Wohlhabenden), sind Abfederungsregelungen anzuraten. So sollte ein Sozialtarif vereinbart werden, der die für das tägliche Leben erforderlichen Energieverbräuche niedrig hält und die Effizienzsteigerung in Haushalten mit niedrigem Einkommen fördert. Für Sozialtransfers etwa die Grundsicherung kann man statt eines Preisnachlasses für Energie auch die Transfersätze entsprechend anheben, sodass der Anreiz zur Effizienz und zum Sparen auch hier ankommt.

### Energieintensive Betriebe berücksichtigen

Für die Industrie, die ebenfalls überdurchschnittlich hohe Energiekostenanteile hat, sollte man anders vorgehen als heute üblich. Anstelle von Preisrabatten sollte das ab-

geschöpfte Fiskaleinkommen aus Energie und Rohstoffen vollständig an die Branche zurückgegeben werden, allerdings nicht pro Ressourcenverbrauch, sondern pro Arbeitsplatz oder einem anderen wünschenswerten Parameter. Ferner kann als Taktgeber für die Preisanhebung das branchenspezifisch gemessene Tempo der Effizienz-erhöhung akzeptiert werden, sodass Branchen, die strukturell eine höhere Energieintensität haben, nicht benachteiligt werden.

Dennoch wird von Mitgliedern des Fortschrittsforum kritisch angemerkt, dass die Rückvergütung nach Zahl der Arbeitsplätze zu Verzerrungen führen könnte, da energieintensive Betriebe mit einer hohen Arbeitsproduktivität möglicherweise zwar die besten Beiträge für die „Vergrünung“ der Produktpalette der Industrie leisten. Zugleich könnten sie aber auch am meisten belastet und nur eine geringe Rückvergütung erhalten, womit sich ihre Wettbewerbsposition deutlich verschlechtern würde. Instrumente zur Hilfe bei der Markteinführung ökologischer Innovationen dürfen nicht zu einer Senkung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Ziel einer fortschrittlichen Industrie- und Wirtschaftspolitik muss es ein, das ökonomisch wie sozial und ökologisch hochproduktive Netz von Industrie und Dienstleistungen durch marktorientierte Preisbildungsprozesse in ihrer Dynamik zu fördern. Im Gegenzug ist dann der Ertrag deutlich stärker als heute zur Finanzierung öffentlicher Dienste und Güter durch Steuern heranzuziehen.

Selbstverständlich müssten das Prinzip der Verteuerung und die Abfederungsregeln in demokratischen und transparenten Prozessen mit den Betroffenen ausgehandelt und konkretisiert werden.



# Neuen Fortschritt gestalten: Unsere Handlungsempfehlungen auf einen Blick

Deutschland steht an einem Wendepunkt. Demografischer Wandel, knapper werdende natürliche Ressourcen, Globalisierung und zuletzt immer neue Krisen stellen uns national wie global vor neue Herausforderungen. Damit wir eine lebenswerte Zukunft haben, sind diese Herausforderungen jetzt anzugehen. Mit unseren Vorschlägen und Empfehlungen beschreiben wir die Konturen eines neuen dynamisch-humanen Fortschrittsideals und -handelns. Es stellt die Befähigung und Förderung jedes und jeder Einzelnen ebenso unverrückbar in den Mittelpunkt wie die soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit allen politisch-gesellschaftlichen Handelns. Wir sind überzeugt, dass es mit der Ausrichtung an einem solchen, positiv gestaltenden Fortschrittsverständnis jetzt und in Zukunft weit besser als bisher gelingen wird, jeder und jedem Einzelnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, sich mit ihren Leistungen einzubringen und sich selbst zu verwirklichen.

Um diesen Anspruch zu verwirklichen, sind unter folgenden Punkten unsere Handlungsempfehlungen zusammengefasst:

## 1) Unsere Bildungspolitik darf niemanden mehr zurücklassen

Dazu müssen wir mehr Ressourcen für die frühkindliche Bildung bereitstellen. Wir wollen die Rechte und Chancen Jugendlicher auf Berufsausbildung durch die Verpflichtung von Unternehmen stärken, Geringqualifizierte unter 25 Jahren auszubilden. Mittels einer Ausweitung des BAföGs und gezielter Förderung soll der Zugang zum Studium erleichtert werden. Wir müssen ergänzend kulturelles Lernen, politische und ökonomische Bildung besser fördern.

## 2) Auf dem Arbeitsmarkt müssen wir Gendergerechtigkeit herstellen

Neben der gleichen Bezahlung von Mann und Frau setzt dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Einführung der „kleinen“ Familienvollzeit voraus. Zugleich muss die Pflegearbeit besser gestellt werden. Die Care-Ökonomie ist insgesamt zu stärken.

## 3) Wir brauchen eine nachhaltige Arbeitskultur

Eine effektive Regulierung muss gute Arbeit gewährleisten. Dazu gehören die Eindämmung von Minijobs und des Miss-

brauchs von Werkverträgen, die Begrenzung von Leiharbeit sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Deshalb müssen Arbeitssouveränität und Partizipationskultur gestärkt und eine neue Vollzeitnorm geschaffen werden. Um eine soziale, am Lebenslauf orientierte Politik zu ermöglichen, ist die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln.

## 4) Wir müssen lebenslanges Lernen stärken

Wir brauchen mehr Bildungsangebote im Lebensverlauf; konkrete Instrumente wie der vorgestellte Kompass „Berufliche Zukunft“ können hier helfen, den Weiterbildungsbedarf besser einzuschätzen. Schließlich sollten auch dringend neue Lern- und Qualifizierungswege für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eröffnet werden. Dazu schlagen wir Instrumente wie den neu vorgestellten Index für Corporate Age Responsibility (CAR) vor.

## 5) Wir wollen, dass die Finanzmärkte Dienstleister der Wirtschaft und Gesellschaft werden

Die schon bestehenden Ansätze zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer müssen mindestens auf alle Staaten der EU ausgeweitet, idealerweise sollte zugleich eine globale Lösung angestrebt werden. Zudem muss ein fairer Stabilitätsmechanismus geschaffen und die künftige Finanzmarktordnung insgesamt nachhaltig gestaltet werden. Schließlich sind insbesondere Investitionen in ökologische und soziale Nachhaltigkeit zu fördern.

## 6) Wir brauchen ein nachhaltiges Wohlfahrtsmodell

Wir sprechen uns für ein Wohlfahrtsmodell aus, das ökonomisch funktioniert und sozial-generationell ausgewogen sowie zugleich ökologisch nachhaltig ist. Um die Wohlfahrt vom Energie- und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, ist die Energie- und Rohstoffeffizienz zu erhöhen. Deshalb schlagen wir vor, den Ressourcenverbrauch behutsam aber stetig zu verteuern, um Innovationen beim Ressourceneinsatz zu erzeugen. Dabei sollen die Lasten sozial gerecht verteilt und energieintensive Betriebe berücksichtigt werden.

# Danksagung

Folgenden Personen möchten wir für die wertvollen Impulse und den konstruktiven Austausch in den drei Arbeitsgruppen „Arbeiten & Leben“, „Bildung & Modernisierung“ und „Wirtschaft & Wachstum“ ganz herzlich danken:

**Thorben Albrecht**, SPD-Parteivorstand  
**Jutta Allmendinger**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
**Christine Ante**, Hertie School of Governance  
**Jeannette Behringer**, Evangelisches Tagungs- und Studienzentrum Boldern  
**Oliver Benz**, FES Stipendiat  
**Stefan Bergheim**, Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt  
**Bernd Bielmeier**, Intel GmbH  
**Mathias Binswanger**, Universität St. Gallen  
**René Bormann**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Volker Born**, Zentralverband des Dt. Handwerks  
**Rolf Bösing**, Senatskanzlei der Freien Hansestadt Hamburg  
**Ruth Brandherm**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Andrea Bührmann**, Georg-August-Universität Göttingen  
**Edelgard Bulmahn**, MdB, Bundesministerin a.D.  
**Norbert Büning**, taloon solutions  
**Gülay Caglar**, Humboldt-Universität zu Berlin  
**Lars Castellucci**, Hochschule der Wirtschaft für Management Mannheim  
**Michael Dauderstädt**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Julian Dederke**  
**Bernhard Diegner**, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronik-Industrie e. V.  
**Cilia Ebert-Libeskind**, SPD-Bundestagsfraktion  
**Christian Ebner**, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
**Matthias Ecke**, SPD-Bundestagsfraktion  
**Dieter Eich**  
**Hans Eichel**, Bundesminister a.D.  
**Nermin Fazlic**, SPD-Bundestagsfraktion  
**Gunilla Fincke**, Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen  
**Philipp Fink**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Sina Kaja Frank**, DGB  
**Zarife Gagica**  
**Angelika Gifford**, Microsoft Services Europe  
**Maja Göpel**, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie  
**Max Grünig**, Ecologic Institute  
**Anke Hassel**, Hertie School of Governance  
**Volker Hauff**, Bundesminister a. D.  
**Dietmar Hexel**, DGB  
**Dierk Hirschel**, ver.di  
**Hilmar Höhn**, IG BCE  
**Klaus Jacob**, FU Berlin  
**Mirco Kaesberg**, Das Progressive Zentrum  
**Inge Kaul**, Hertie School of Governance  
**Ute Klammer**, Universität Duisburg-Essen  
**Daniela Kolbe**, MdB  
**Hermann Kotthoff**, TU Darmstadt  
**Dirk Kratz**, Universität Hildesheim  
**Kora Kristof**, Umweltbundesamt  
**Christian Kroll**, Jacobs University Bremen  
**Wilfried Kurtzke**, IG Metall  
**Inge Lippert**, DGB  
**Sebastian Litta**, Stiftung Neue Verantwortung  
**Maximilian Locher**, FES Stipendiat  
**Camille Logeay**, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin  
**Benjamin Mikfeld**, Denkwerk Demokratie  
**Hans-Jürgen Misselwitz**, SPD-Parteivorstand  
**Barbara Muraca**, FSU Jena

**Max Georg Neufeind**, ETH Zürich  
**Werner Nienhueser**, Universität Duisburg-Essen  
**Katarina Niewiedzial**, Das Progressive Zentrum  
**Leonard Novy**, Institut für Medien und Kommunikationspolitik Berlin  
**Heide Pffar**  
**Sven Rahner**, Universität Kassel  
**Holger Rogall**, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin  
**Deborah Ruggieri**, Attac  
**Hans-Joachim Schabedoth**, IG Metall  
**Jens Schadendorf**, SCHADENDORF.BBC  
**Dorothea Schäfer**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
**Christina Schildmann**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Hubert René Schillinger**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Sven Schleb**, Goldene Zeiten Berlin GmbH  
**Matthias Schmidt**, Beuth Hochschule für Technik Berlin  
**Severin Schmidt**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Nico Schmolke**, Humboldt Universität Berlin  
**Oliver Schmolke**, SPD-Bundestagsfraktion  
**Wolfgang Schroeder**, Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg  
**Julia Schwarzkopf**, Universität Potsdam  
**Dominic Schwickert**, Das Progressive Zentrum  
**Juliane Seifert**, Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz  
**Tanja Smolenski**, IG Metall  
**Dirk Solte**, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n Ulm  
**Jörg Sommer**, Deutsche Umweltstiftung  
**Elisabeth Stiefel**  
**Johano Strasser**, Publizist  
**Anita Tiefensee**, Hertie School of Governance  
**Heinrich Tiemann**, Staatssekretär a.D.  
**Faruk Tuncer**, LEAD, Mercator Capacity Building Center for Leadership & Advocacy  
**Urban Überschär**, Friedrich-Ebert-Stiftung  
**Simon Vaut**, SPD-Bundestagsfraktion  
**Sigurt Vitols**, Wissenschaftszentrum Berlin  
**Jürgen Volkert**, Hochschule Pforzheim  
**Michael von Hauff**, Universität Kaiserslautern  
**Ernst Ulrich von Weizsäcker**, International Resource Panel (UNEP)  
**Christian Waloszek**  
**Andrew Watt**, Hans-Böckler-Stiftung  
**Maren Weber**, Triodos Bank  
**Gerhard Wegner**, Sozialwissenschaftliches Institut der EKD  
**Maria Jola Welfens**, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie  
**Christine Wimbauer**, Universität Duisburg-Essen  
**Jan-Patrick Witte**  
**Waltraud Wolff**, MdB  
**Brigitte Young**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
**Roland Zieschank**, FU Berlin  
**Rudolf Zwiener**, IMK der Hans-Böckler-Stiftung

Die in dem vorliegenden Gesamtpapier dargestellten programmatischen Aussagen zu einzelnen Politikfeldern erheben weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch spiegeln sie zwangsläufig die Auffassung der mitwirkenden Institutionen und Einzelpersonlichkeiten wider.

# Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta 2012: Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden, München.
- Bundesagentur für Arbeit 2011: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Dezember und das Jahr 2011, <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201112.pdf> (8.3.2013).
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) 2009: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, [http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport\\_bbb\\_090525\\_screen.pdf](http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf) (8.3.2013).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, [http://www.bmbf.de/pubRD/bildung\\_in\\_deutschland\\_2010.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/bildung_in_deutschland_2010.pdf) (8.3.2013).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2005: Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, [http://www.uni-augsburg.de/einrichtungen/gleichstellungsbeauftragte/chancengleichheit/frauen\\_in\\_fuehrungspositionen/downloads/gender\\_datenreport.pdf](http://www.uni-augsburg.de/einrichtungen/gleichstellungsbeauftragte/chancengleichheit/frauen_in_fuehrungspositionen/downloads/gender_datenreport.pdf) (8.3.2013).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010: Familien Report 2010. Leistungen Wirkungen Trends, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2010,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (8.3.2013).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2011: Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht, Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Erster-Gleichstellungsbericht-Neue-Wege-Gleiche-Chancen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (8.3.2013).
- Bonoli, Giuliano 2005: The Politics of the New Social Policies. Providing Coverage Against New Social Risks in Mature Welfare States, in: Policy & Politics, 33, 3, S. 431-449.
- Dauderstädt, Michael; Keltek, Cem 2011: Globale Ungleichheit. 50:1 für die Reichen!, WISO direkt, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08017.pdf> (8.3.2013).
- Ebner, Christian 2013: Erfolgreich in den Arbeitsmarkt? Die duale Berufsausbildung im internationalen Vergleich, Frankfurt/New York.
- Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität 2012: PG 3. Zwischenbericht vom 7.3.2012, Deutscher Bundestag, Berlin.
- Kaul, Inge; Conceição, Pedro; Le Goulven, Katell; Mendoza, Ronald U. 2003: Providing Global Public Goods – Managing Globalisation, New York; Oxford.
- Schäfer, Dorothea; Young, Brigitte 2012: Von wegen privat, <http://www.fortschrittsforum.de/debattieren/wirtschaft-wachstum/artikel/article/von-wegen-privat.html> (8.3.2013).
- Schmeißer, Claudia; Stuth, Stefan; Behrend, Clara; Budras, Robert; Hipp, Lena; Leuze, Kathrin; Giesecke, Johannes 2012: Atypische Beschäftigung in Europa 1996-2009, WZB, Discussion Paper P 2012-001, Berlin <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/2012/p12-001.pdf> (8.3.2013).
- Schmid, Günther 2008: Von der Arbeitslosen- zur Beschäftigungsversicherung, WISO Diskurs, Bonn.
- UNEP 2011: Green Economy Report: Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi.
- Wackernagel, Mathis; Rees, William 1996: Our Ecological Footprint, Gabriola Island.
- von Weizsäcker, Ernst Ulrich; Hargroves, Karlson; Smith, Charles 2010: Faktor Fünf: Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München.
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) 2011: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, Berlin.



ISBN 978-3-86498-500-3

[www.fortschrittsforum.de](http://www.fortschrittsforum.de)